

Medienmitteilung vom 14. Februar 2021

Der Corona-Aktionsplan der FDP: Schützen, entschädigen, impfen

Die FDP.Die Liberalen Kanton Zug fordert eine Lockerung der Covid-Massnahmen ab dem 1. März 2021

Aufgrund stetig sinkender Fallzahlen bei den Neuinfektionen sowie abnehmender Hospitalisationen und Todesfälle in Zusammenhang mit Corona ist es für die FDP.Die Liberalen Zug nicht mehr verantwortbar, die Wirtschaft, insbesondere die Gastronomie und den Detailhandel weiter geschlossen zu halten. Die FDP fordert den Bundesrat zusammen mit den anderen FDP-Kantonalparteien der Deutschschweiz auf, die Massnahmen ab dem 1. März schrittweise zu lockern. Gleichzeitig präsentiert die FDP einen Aktionsplan.

Die Fallzahlen in der Schweiz sinken, ebenso die Zahl der Hospitalisationen sowie der Todesfälle. Von einem Anstieg der Zahlen durch die mutierte Corona-Variante aus England, Südafrika oder Brasilien war in den letzten Wochen nichts zu spüren. Eine weitere Schliessung der Wirtschaft, der Gastronomie und des Detailhandels sowie der Kultur und des öffentlichen Lebens ist für die FDP.Die Liberalen Zug nicht mehr verantwortbar. Die Bevölkerung und die Unternehmen müssen endlich Perspektiven und mehr Planbarkeit erhalten. Die FDP fordert deshalb den Bundesrat auf, seine Verantwortung wahrzunehmen und so schnell wie möglich eine klare und nachvollziehbare Ausstiegsstrategie für eine schrittweise Öffnung der Wirtschaft ab dem 1. März 2021 zu präsentieren.

Die FDP ihrerseits hat Lösungen zum Schutz der Menschen, zur Entschädigung von Unternehmen und Selbständigen und zur Impfung der Bevölkerung unseres Landes erarbeitet und dem Bundesrat präsentiert. Dabei stehen die folgenden Forderungen im Mittelpunkt

- **Klares Ausstiegsszenarium anhand eindeutiger Kriterien:** Wenn es die epidemiologische Situation zulässt, muss eine schrittweise Öffnung von Geschäften, Betrieben und Orten der Kultur ab dem 1. März ermöglicht werden. Um die Planbarkeit zu erhöhen, braucht es einen Ausstiegsplan mit klaren Kriterien, die eine Entscheidung nachvollziehbar machen. Eine Verlängerung des Lockdowns auf Vorrat muss in jedem Fall verhindert werden.
- **Impfungen beschleunigen:** Besonders gefährdete Personen und das Gesundheitspersonal müssen im Kanton Zug bis Anfang März geimpft sein. Die dafür notwendigen Impfdosen und die Verteilung müssen schneller sichergestellt werden.
- **Verbesserung der Koordination mit den Kantonen:** Bundesrat Berset ist in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Koordination der Massnahmen und der Informationsaustausch mit den Kantonen besser funktionieren. Nach aktuellen Angaben soll die Impfung der gesamten Bevölkerung von geplant Sommer erst im Spätherbst beendet. Dies ist untragbar.

Aktionsplan der FDP.Die Liberalen für die nächsten 100 Tage

Die aktuelle Situation ist für die Bevölkerung, die Wirtschaft, die Gesellschaft und die Kultur frustrierend, weil niemand weiss, wie es weitergeht. Damit die oben genannten Forderungen möglichst rasch in die

Realität umgesetzt werden, stellte die FDP bereits Anfang Februar ihren Aktionsplan für die nächsten 100 Tage vor. Die empfohlenen Ziele und Aktionen basieren auf der Formel «schützen, entschädigen, impfen».

Schützen

- Ansteckungsniveau und -dynamik tief halten durch Einhalten der substanziellen Hygieneregeln und der Schutzkonzepte
- Positive Verhaltensanreize für Bevölkerung schaffen (z.B. Verfügbarkeit von (Schnell-)Tests verbessern, Zugangshürden senken, Einbezug Arbeitgeber im Test-Dispositiv)
- Negative Verhaltensanreize für Bevölkerung beseitigen (z.B. unsinnige Quarantäneregeln nach negativen Tests)
- Personenansammlungen verhindern durch weitere Flexibilisierungen bei den Öffnungsschritten (z.B. mehr Sonntagsverkäufe, Erweiterung Ladenöffnungszeiten)

Entschädigen

- Bei Weiterführung des Shutdowns: Solidarbürgschaftskredite neu aufgleisen.
- Härtefallhilfe beschleunigen, weiter vereinfachen, entbürokratisieren und bei Bedarf ausbauen (z.B. in Abhängigkeit von Umsatzeinbussen).
- Ermöglichung eines zinslosen Aufschubs der Mehrwertsteuerzahlung für geschlossene Unternehmen.

Impfen

- Transparentere und einfachere Kommunikation von Zielen und Massnahmen zur Impfstrategie (Vertrauensbildung und Planungssicherheit).
- Systematischer Ausbau der Testkapazitäten und Abstimmung mit Impf-Offensive.
- Festlegung einer einheitlichen Impfstrategie (Verwendung von Dosen, zu impfende Gruppen usw.).
- Öffentlich-private Zusammenarbeit mit der Pharma-Industrie zur Stärkung der einheimischen Produktion von bereits zugelassenen Impfstoffen.
- Schaffung von Anreizen für Geimpfte (z.B. Aufhebung von Einschränkungen).

Kontakt für Medienanfragen:

Carina Brüngger, Präsidentin, 079 746 67 37

Marc Reinhardt, Kommunikationsverantwortlicher, 079 336 24 74